

VÖS erklärt 21. Juni zum Steuerzahlertag

Unabhängiger Rechnungshofpräsident gefordert

(APA) - Österreichs Steuerzahler haben bis 21. Juni ausschließlich für das Finanzamt gearbeitet. Laut dem Bund der Steuerzahler (VÖS) hat im Schnitt jeder Österreicher im Vorjahr rund 44,2 Prozent seines Einkommens als Steuern und Sozialversicherungsbeiträge abgeliefert. So hoch war nämlich die so genannte Abgabenquote, also die Belastung mit Steuern und Sozialversicherungsbeiträgen im Verhältnis zum Bruttoinlandsprodukt (BIP). Der VÖS hat deshalb den 21. Juni zum „Steuerzahlertag“ erklärt. „Bis heute haben wir ausschließlich für den Staat gearbeitet, ab jetzt können wir für uns arbeiten“, so Verbandspräsident Oliver Ginthör.

Rund 55 Mrd. Euro zahle der Österreicher dem Staat jedes Jahr an Steuern und Abgaben. Kritik übt der VÖS vor allem am Abweichen von Finanzminister Karl-Heinz Grassler vom Ziel eines Nulldefizites. „Die Schulden von heute sind die Steuern von morgen“, meinte Ginthör bei der Präsentation eines neu erschienenen „Schwarzbuch 2004/05“,¹⁾ mit dem der Steuerzahler über die „Verwendung und Verschwendung“ von Steuergeldern informiert werden soll. Mit 8,7 Mrd. Euro bzw. 14,8 Prozent der Budget-Gesamtausgaben stellen die Zinsen für die Staatsschulden schon jetzt einen wesentlichen Beitrag dar. Der Steuerzahler müsse für die Staatsschulden pro Jahr rund 98 Tage arbeiten.

Ginthör betont den Wert von Kontrolle und Publizität der Staatsausgaben durch den Rechnungshof. Der Rechnungshofpräsident sei eine „extrem wichtige Position“, er sei der Anwalt des Steuerzahlers. Vor der nun bevorstehenden Bestellung eines neuen Rechnungshofpräsidenten spricht sich der VÖS für einen parteiunabhängigen, fachkundigen Kandidaten aus. Dieser sollte mit Selbstbewusstsein und Durchschlagskraft ausgestattet sein, die es ihm erlauben, auch „heiße Kartoffeln“ anzugehen. Dem scheidenden RH-Präsidenten Franz Fiedler stellt der Steuerexperte ein gutes Zeugnis aus.

Neben der „alten“ Forderung des VÖS nach einer Senkung der Steuer- und Abgabenbelastung und der Vereinfachung des Steuersystems erneuerte er heute die Kritik an der Abfangjäger-Entscheidung. Während andere Länder versuchten, aus den Verträgen auszusteigen, versuche Österreich eine Vorreiterrolle zu spielen. Deutschland etwa würde die Eurofighter um die Hälfte billiger kaufen. Es handle sich um die „teuerste Entscheidung für eine nicht ausgereifte Lösung“.

Eine rasche und konsequente Vorgangsweise wünscht sich Ginthör im Zusammenhang mit der Harmonisierung der Pensionssysteme. Das österreichische System nähere sich den Grenzen seiner Finanzierbarkeit, es sei ihm unverständlich, warum sich die Lösung so lange hinauszögere.

Deutliches Einsparpotenzial sieht Ginthör auch bei der Parteienfinanzierung. Österreich liege im internationalen Ranking hinter Japan an zweiter Stelle. Die jährlichen „Zuwendungen für Öffentlichkeitsarbeit“ betrügen wertgesichert 14,4 Mio. Euro. Ginthör schlägt vor, die Parteienfinanzierung an die Wahlbeteiligung zu koppeln.

Weitere Einsparungsmöglichkeiten sieht der VÖS bei den Ausgaben der Länder und Gemeinden. So sei etwa die Vergabeverordnung noch nicht bis in die Länder durchgedrungen. In Summe werde dieses Thema unterschätzt. Eines der Hauptprobleme liege dabei im Auseinanderfallen von Kompetenzen und Verantwortung. Es sei auch nicht

notwendig, dass es neben der Bundesabgabenordnung noch neun fast idente Landesabgabenordnungen gebe.

Kritisiert werden vom VÖS weiters Kosten, die in Ministerbüros anfallen. Ginhör spricht sich hier für eine genaue Überprüfung des Einsatzes von Beratern aus. Die Überprüfungsergebnisse des Rechnungshofes seien teils erschreckend, teils verwunderlich. Gewarnt wird auch vor weiter rasch steigenden öffentlichen Gesundheitsausgaben. Um eine Zwei-Klassen-Gesellschaft zu vermeiden, müsste das Gesundheitswesen rasch und neu fokussiert werden.